

**8. Motion gemäss § 75 der Geschäftsordnung des Grossen Rates von Marina Bruggmann, Gina Rüetschi, René Walther, Marlise Bornhauser, Pascal Schmid, Maja Bodenmann und Lucas Orellano vom 29. August 2018 "Ratsfreier Mittwoch - für eine bessere Vereinbarkeit von Politik und Familie" (16/MO 24/267)**

**Beantwortung**

**Präsident:** Die Antwort des Büros liegt schriftlich vor. Ich eröffne die Diskussion. Das Wort haben zuerst die Motionäre.

**Diskussion**

**Bruggmann, SP:** Ich danke dem Büro für die Beantwortung der Motion, obwohl ich mir eine etwas weitsichtigere Antwort gewünscht hätte. In der Beantwortung wie auch in der Stellungnahme des Regierungsrates ist zu lesen, dass die Personen, die sich für das Amt einer Kantonsrätin oder eines Kantonsrates zur Verfügung stellen, bereits im Vorfeld wüssten, wie viel Zeit ein solches Amt in Anspruch nehme. Der Konsequenzen seien sie sich bewusst. Selbstverständlich sind diese Umstände bekannt, aber genau darum geht es. Ein Blick in den Ratssaal verrät, dass das Durchschnittsalter der Parlamentarierinnen und Parlamentarier 56 Jahre beträgt. Ich habe diese Motion nicht eingereicht, weil ich einen anderen Sitzungstag benötige. Meine Kinder sind bereits junge Erwachsene und ich bin bestens organisiert. Diese Motion ist zustande gekommen, weil mir junge Familienmütter und -väter immer wieder mitgeteilt haben, dass sie eigentlich grosses Interesse an einem Amt im Grossen Rat hätten, der Mittwoch jedoch der dümmste Tag sei für die Sitzungen des Grossen Rates. Genau diese jungen Eltern fehlen in der Politik. Heute geht es um die Zukunft, wir gestalten die Lebensbedingungen der nächsten Generation. Es ist wichtig, dass sich genügend Personen finden lassen, die bereit sind, ihre wertvolle Zeit in die Politik zu investieren. Es wird immer schwieriger, geeignete Kandidatinnen und Kandidaten für Milizämter zu motivieren. Im letzten halben Jahr haben sich mehrere Kantonsrätinnen und Kantonsräte in verschiedenen Debatten zu diesem Aspekt geäussert. Erfreulicherweise wurde in den Voten auch oft erwähnt, dass es möglich sein muss, die verschiedenen Aufgaben miteinander zu vereinbaren. Die "Ostschweiz am Sonntag" veröffentlichte im letzten September einen grossen Bericht über dieses Thema. Es hiess, wer Politiker und Familienmensch sein wolle, der brauche grosses Organisationstalent und viel Unterstützung. Unsere Motion wollte es diesen Personen im Thurgau etwas leichter machen. Ideen wie der spannende Vorschlag einer Verschiebung des Sitzungstages könnten erste Schritte darstellen. Darüber ist in der Beantwortung leider kein einziger Satz zu lesen. Vielmehr schrieb das Büro, dass der aus einer Verschiebung des Sitzungstages entstehende Ertrag nicht erkennbar sei. Selbstverständlich kann auch ich

keinen grossen Ertrag garantieren. Kein Geschäft, mit dem eine Neuerung gewagt werden soll, kann schon im Vorfeld Erfolg garantieren. "Schaffe das Angebot und du bekommst die Nachfrage" - interessanterweise erntete dieses Zitat im Rahmen einer Veranstaltung, an welcher auch einige Kantonsrätinnen und Kantonsräte teilgenommen hatten, sehr viel Applaus. Warum soll das nicht auch für diese Frage gelten? Es wird nie eine Lösung geben, die für alle stimmt. Dessen bin ich mir bewusst. Es ist mir jedoch rätselhaft, warum man bei der Revision der Geschäftsordnung des Grossen Rates (GOGR) im Jahr 1991 dazu bereit war, auf eine einzige Berufsgruppe, nämlich die Lehrer, Rücksicht zu nehmen, während heute aber absolut keine Bereitschaft zu erkennen ist, eine viel grössere und dringend benötigte Bevölkerungsgruppe in die Politik zu holen. Das Argument, dass die Zahl der ganztägigen Sitzungen sehr gering sei, wird ebenfalls aufgeführt. Das ist natürlich richtig und es wäre theoretisch tatsächlich möglich, direkt nach der Sitzung nach Hause zu fahren. Aber viele Treffen, Kommissionssitzungen und Besprechungen, die Gelegenheit bieten für wichtige Vernetzungen und Kontakte, finden nun mal direkt nach den Sitzungen statt. Zudem deuten die Teilnahmen an diesen Terminen auf das jeweilige Engagement der einzelnen Parlamentsmitglieder hin. Weiter ist in der Beantwortung zu lesen, dass eine Verschiebung der Sitzungen wohl zu mehr Wochenendarbeit des Regierungsrates führen würde. Gleichzeitig wird aber betont, dass dem Milizparlament für das Aktenstudium das Wochenende zur Verfügung stehe. Selbstverständlich würde eine Verschiebung des Sitzungstages einige organisatorische Herausforderungen mit sich bringen. Fest steht aber, dass die Verschiebung der jährlichen Sitzung im Rahmen der Thurgauer Messe WEGA problemlos funktioniert. Politik sollte für alle möglich sein. Die "Ostschweiz am Sonntag" schloss ihren Bericht mit der Frage, ob der Thurgau den kleinen Schritt wohl wagen werde. Zum letzten Mal geschah dies vor inzwischen rund 30 Jahren. Lassen Sie uns heute mutig sein und in die Politik von morgen investieren. Ich bitte den Grossen Rat, die Motion erheblich zu erklären.

**Walther**, FDP: Der schweizerische Gemeindeverband hat das Jahr 2019 zum Jahr der Milizarbeit ernannt. Im Rahmen von verschiedenen Veranstaltungen und Publikationen wurden im Verlauf des Jahres die Herausforderungen und Grenzen des Milizsystems beleuchtet und kontrovers diskutiert. Immer wieder wurde dabei zum Ausdruck gebracht, dass es stets schwieriger werde, geeignete Kandidatinnen und Kandidaten für Ämter in der Exekutive oder Legislative zu finden, sei es auf kantonaler oder kommunaler Ebene. Die Frage nach der Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird häufig diskutiert. Das Ziel, den Frauen den Verbleib oder den Wiedereinstieg ins Berufsleben zu erleichtern beziehungsweise zu ermöglichen, steht dabei jeweils im Fokus. Es existieren genug Gründe für Diskussionen über mögliche weitere Massnahmen zur Förderung von berufstätigen Frauen mit Kindern. Daher ist es legitim, die Zweckmässigkeit des Mittwochs als Sitzungstag zu hinterfragen. Natürlich gibt es für jeden Wochentag Gründe, weshalb ein anderer Tag für die einen oder anderen Parlamentsmitglieder besser passen würde.

Zumindest im Rahmen des heutigen Schulsystems ist vom Mittwoch als Sitzungstag aber eine Gruppe der Bevölkerung betroffen, die durchaus wertvolle Beiträge für den politischen Prozess leisten kann, nämlich die Familienfrauen. Weiter ist festzuhalten, dass die Ratssitzungen in der Geschichte nicht immer am Mittwoch stattgefunden haben. Wirklich überzeugende Argumente für den Mittwoch sind nicht offensichtlich. Argumentiert wird mit der Möglichkeit des Aktenstudiums am Wochenende. Diese Möglichkeit bestünde aber auch, wenn die Sitzungen jeweils dienstags oder donnerstags stattfinden würden. Ein weiteres Argument verweist auf den Dienstag als Sitzungstag des Regierungsrates. Aber auch dieser Termin ist wohl kaum in Stein gemeisselt. Scheinbar geht es um die Frage, ob man ein eingeschliffenes System beziehungsweise eine eingeschlifene Regelung zugunsten einer zukunftsgerichteten Familienpolitik anpassen möchte oder nicht. Wie viel ist uns das Anliegen der Familienfrauen wert? Immerhin stellen diese Familienfrauen rund 10% der gesamten schweizerischen Wohnbevölkerung dar. Natürlich ist es für einige Familienfrauen jetzt schon möglich, am Mittwoch jeweils für den Grossen Rat tätig zu sein. Im Vergleich mit anderen Berufsgruppen müssen sie sich dafür jedoch einem viel grösseren Aufwand stellen. Weder für die Haltung gegen diese Motion, noch die Haltung für diese Motion gibt es eindeutige Killerkriterien oder Killerargumente. Die rege Diskussion im Vorfeld dieser Ratssitzung hat mich erstaunt. Der E-Mail-Verkehr dauerte mehrere Stunden. Mein Votum ist daher als Stimmungsbild der FDP-Fraktion zu verstehen. Die Diskussion zeigt deutlich auf, dass die berufliche Förderung und Unterstützung der Familie beziehungsweise der Familienfrauen ein wichtiges Thema darstellt, das durchaus eine Vertiefung wert wäre, wenn auch nicht zwingend im Kontext des Sitzungstages des Grossen Rates. Zu meinem Erstaunen werden zwei Drittel der FDP-Fraktion die Motion nicht erheblich erklären.

**Rüetschi, GP:** Eine wichtige Information vorweg: Ich spreche nicht als Büromitglied, sondern als Mitmotionärin und Sprecherin der GP-Fraktion. Den Entscheid des Büros trage ich demnach nicht mit, da ich damals noch nicht Mitglied dieses Gremiums war. Man möge mir das nachsehen. Ein Mandat im Grossen Rat muss neben vielen privaten und beruflichen Aufgaben Platz haben, diesbezüglich sind wir uns wohl alle einig. Aber gerade für Familienfrauen und -männer bedeutet der Sitzungstag eine grosse Herausforderung. Nicht alle können auf Grosseltern oder andere Betreuungspersonen zurückgreifen, welche die familiären Verpflichtungen, die an schulfreien Mittwochnachmittagen stattfinden, übernehmen könnten. Ich bin selber Mutter von drei Kindern und hätte mir das Mandat als Kantonsrätin vor 20 Jahren auch nur mit grossen Schwierigkeiten einrichten können. In die Politik gefunden habe ich darum erst, als die Kinder "draussen" waren. So wie mir geht es wohl vielen Frauen. Wenn wir den Frauenschwund unseres Parlaments wirklich bekämpfen und mehr Frauen in die Politik bringen wollen, ist es notwendig, dass auch laut über die mögliche Verschiebung des Sitzungstages nachgedacht werden darf. Dass der Mittwoch als Sitzungstag keineswegs in Stein gemeisselt ist, lässt

die Geschichte verlauten. Früher war das Parlament ein rein männliches Gremium. Der Sitzungstag wurde vom jeweiligen Präsidenten des Grossen Rates festgelegt. Irgendwann kam man der Forderung der vielen Lehrer im Rat nach, den Mittwoch als fixen Sitzungstag festzulegen, da sie so der Schule nur einen halben Tag fernbleiben mussten. Seither hat sich nichts geändert. Ausser, dass das Frauenstimmrecht endlich eingeführt wurde und nun plötzlich auch Frauen und Mütter im Parlament tätig sind. Es gibt nun auch Männer respektive Väter, die ihre Familienpflichten ernst nehmen wollen und den Mittwoch als Sitzungstag daher als suboptimal empfinden. Warum also nicht dem gesellschaftlichen Wandel Rechnung tragen und den Sitzungstag entsprechend ändern, um es jungen Familien zu erleichtern, ein politisches Amt als Kantonsrätin oder Kantonsrat übernehmen zu können? Ich verstehe die Befürchtungen des Büros und ich kann auch nachvollziehen, dass die Sitzungsdaten lange vorweg bekannt sind und man sich eigentlich gut organisieren könnte. Aber ich verstehe auch die an einem Mandat interessierten Eltern mit Kleinkindern, die sich das gerade wegen des ungünstigen Mittwochs nicht vorstellen können. Der Regierungsrat erkennt leider keinen Gewinn in einer Umstellung, sondern nur Nachteile. Das ist schade und zugleich auch ziemlich ignorant gegenüber den sich verändernden gesellschaftlichen Bedürfnissen. Klar würde eine Verschiebung des Sitzungstages einen Rattenschwanz von Veränderungen nach sich ziehen. Aber keine Veränderung bedeutet auch Stillstand und das möchte sich der Thurgau wohl kaum vorwerfen lassen müssen. Deshalb bitte ich den Grossen Rat, die Motion erheblich zu erklären.

**Orellano, GLP/BDP:** Es ist lange her, seit der Mittwoch als Sitzungstag des Thurgauer Parlaments festgelegt wurde. In den letzten 28 Jahren hat sich viel verändert. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wurde zu einem der zentralsten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Themen. Auch die Vereinbarkeit von Familie und Politik, die nebst dem Beruf eine zusätzliche Belastung darstellt, wird inzwischen häufig thematisiert. Obwohl sich die GLP/BDP-Fraktion für die Vereinbarkeit von Beruf, Politik und Familie einsetzt, wird die einstimmige Fraktion die vorliegende Motion nicht erheblich erklären. Zum Entschluss, als Mitmotionär aufzutreten, brachte mich die Überlegung, dass es angebracht ist, eine gängige Praxis nach fast 30 Jahren zu überprüfen. Die Beantwortung des Büros und die Stellungnahme des Regierungsrates liegen vor. Leider zeigt sich, dass es keinen valablen Ersatz für den Mittwoch als Sitzungstag gibt. Montag und Freitag fallen aufgrund der Nähe zum Wochenende weg, am Donnerstag finden die eidgenössischen Kommissionen und Konferenzen statt. Eine Verschiebung des Dienstags als Sitzungstag des Regierungsrates zöge einen riesigen Rattenschwanz nach sich und würde Wochenendarbeit für die Ämter bedeuten. Eine Pro- und Kontra-Liste für jeden Wochentag zeigt, dass der Mittwoch trotz allem noch immer das beste Verhältnis aufzuweisen vermag. Schweren Herzens muss man also konstatieren, dass es schlicht kaum Handlungsspielraum gibt. Der Mittwoch als Sitzungstag ist zwar nicht ideal, aber er stellt zumindest das

kleinste Übel dar. Ich wiederhole, dass die einstimmige GLP/BDP-Fraktion die Motion nicht erheblich erklären wird.

**Schär, SVP:** Mit der vorliegenden Motion soll das Büro des Grossen Rates damit beauftragt werden, einen besseren Wochentag als den Mittwoch für die Sitzungen des Grossen Rates des Kantons Thurgau zu finden. Gemäss Erachten der SVP-Fraktion stellt sich die Frage, weshalb etwas, das nicht nur funktioniert, sondern sogar sehr gut funktioniert und sich über die Jahre hinweg gut eingespielt hat, geändert werden soll. Hinsichtlich der Aussage, dass im Grossen Rat die verschiedenen Bevölkerungsgruppen möglichst umfassend vertreten sein sollten, teile ich die Ansicht der Motionärinnen und Motionäre. Ein Mandat im Grossen Rat sollte nebst beruflichen und privaten Aufgaben Platz finden. Das Büro weist in seiner Beantwortung darauf hin, dass der Mittwoch als Sitzungstag auf einer langen Geschichte basiert. Im Rahmen sämtlicher Abklärungen in der vergangenen Zeit stellte sich der Mittwoch immer wieder als beste Lösung heraus. Natürlich stellt er nicht für alle Parlamentsmitglieder die optimalste Lösung dar. Den optimalen Wochentag, der für alle Kantonsrätinnen und Kantonsräte passt, wird es auch nach der heutigen Diskussion nicht geben. Das Büro weist in seiner Beantwortung zu Recht darauf hin, dass die Sitzungsdaten des Parlaments lange vorweg bekannt sind. Aktuell sind die Sitzungen bis zum Ende des Jahres 2020 terminiert. Eine langfristige Planung für die Ratsmitglieder ist also möglich, natürlich stets im Wissen, dass kurzfristige Änderungen vorkommen können. Entscheidet sich eine Person dazu, für ein Mandat im Grossen Rat zu kandidieren, so sollten ihr die zeitliche Belastung sowie der Mittwoch als Sitzungstag bekannt sein. Dem Büro des Grossen Rates kommt eine spezielle Aufgabe zu. Die Büromitglieder können mit einer vorausschauenden Planung darauf achten, dass möglichst wenig ganztägige Sitzungen nötig sind und die grosse Mehrheit der Mittwochnachmittage für die Familie und private Angelegenheiten zur Verfügung steht. Ein massgeblicher Gewinn einer Umstellung auf einen anderen Wochentag ist nicht erkennbar, ganz im Gegensatz zu massgeblichen Nachteilen. Diesbezüglich stimme ich dem Regierungsrat zu. Daher bittet die grosse Mehrheit der SVP-Fraktion, die Motion nicht erheblich zu erklären.

**Peter Köstli, CVP/EVP:** Die CVP/EVP-Fraktion dankt dem Büro und dem Regierungsrat für die Auslegeordnung und das sorgfältige Abwägen der Vor- und Nachteile, die eine Verschiebung des Sitzungstages mit sich bringen würde. Es handelte sich dabei um kein einfaches Unterfangen. Die Gründe, die für den Mittwoch und gegen eine Verschiebung sprechen, sind nachvollziehbar. Allerdings dürften die Argumente der GOCR-Revision im Jahr 1991, wie beispielsweise das Argument der Lehrpersonen, mit der Wahl des Mittwochs in der Schule nur einen halben Tag fehlen zu müssen, heute nicht mehr so hoch gewichtet werden. Dass der nach dem Mittwoch zweithäufigste Sitzungstag der anderen Kantone, nämlich der Montag, unbeliebt ist, hat sich hingegen nicht geändert. Das ba-

siert allerdings nicht nur auf allfälliger Wochenendarbeit für Regierungs- und Kantonsräte sowie fehlenden Möglichkeiten für Abklärungen. Der Montag ist in der Regel auch der erste Arbeitstag der Woche und als solcher harzt er manchmal etwas. Zudem wäre es trotz 24-Stunden-Gesellschaft begrüssenswert, wenn sich der Sonntag vorbereitungsfrei gestalten liesse. Zugegebenermassen handelt es sich hierbei jedoch letztendlich um eine Sache der persönlichen Planung. Das Büro des Grossen Rates legt klar dar, dass der Mittwoch als Sitzungstag nach wie vor die beste Option für alle Beteiligten darstellt. Eine Anpassung des Sitzungstages wäre mit einem Rattenschwanz an Änderungen für alle Involvierten verbunden. Es wäre allerdings zukunftsgerichteter gewesen, die vorliegende Motion nicht primär aus organisatorischer und administrativer Sicht, sondern vorausschauender unter dem Aspekt Vereinbarkeit von Familie, Beruf und politischen Ämtern zu betrachten, und zwar einerseits aus Sicht der Fachkräfteinitiative, die aufgrund der Pensionierungswelle der "Babyboomer-Generation" auf die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf setzt, und andererseits bezüglich der Initiative des schweizerischen Gemeindeverbandes. Kantonsrat Walther hat bereits erwähnt, dass dieser das Jahr 2019 aufgrund der zunehmenden Schwierigkeiten, geeignete Kandidatinnen und Kandidaten für Milizämter zu finden, zum Jahr der Milizarbeit erklärte. In der Beantwortung ist folgerichtig festgehalten, dass es heute nicht mehr möglich ist, die Sitzungstage "ad hoc" festzulegen. Aufgrund unserer prall gefüllten Terminkalender müssen die Sitzungen langfristig planbar sein. Das hilft uns dabei, unsere Interessen und Verpflichtungen mit der Ratstätigkeit zu vereinbaren. Einen Umkehrschluss gibt es allerdings auch, wie ich im Gespräch mit jungen und politikinteressierten Müttern festgestellt habe. Der Mittwoch als Sitzungstag schreckt Mütter, welche nach wie vor mehrheitlich für die Kinderbetreuung zuständig sind, unter Umständen von einem kantonalen oder kommunalen Mandat ab. Es ist davon auszugehen, dass dies nur ein Grund dafür ist, warum sich nicht mehr Frauen im Grossen Rat engagieren. Der gesellschaftliche Trend zeigt, dass sich junge Familien Erwerbsarbeit und Einkommen partnerschaftlich teilen, dass sich Väter vermehrt um die Kinderbetreuung kümmern und Teilzeit arbeiten möchten. Es muss daher im Interesse des Kantons liegen, sich den wandelnden Gegebenheiten zu stellen und die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Politik verstärkt anzugehen. Mit Spannung dürfen daher der Bericht über familien- und schulergänzende Kinderbetreuung im Kanton Thurgau sowie insbesondere die daraus abgeleiteten Massnahmen erwartet werden. Warum wird im geplanten Ergänzungsbau des Regierungsgebäudes keine öffentliche Kindertagesstätte realisiert, die unter anderem den Kindern von Ratsmitgliedern sowie insbesondere auch den Kindern von Kantonsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter zur Verfügung stehen würde? Die Attraktivität des Kantons Thurgau als Arbeitgeber könnte so zusätzlich gesteigert werden. Zugegebenermassen bin ich jetzt etwas abgeschweift. Die CVP setzt sich für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Dabei handelt es sich auch für mich um ein sehr wichtiges Thema. Schliesslich geht es bei dieser Motion darum, Lösungsvorschläge aufzuzeigen. Es sollen nicht nur Probleme bewirtschaftet

werden. Die bessere Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Politik stellt einen wichtigen Schritt in die Zukunft dar. Dennoch wird die einstimmige CVP/EVP-Fraktion die Motion aufgrund der erwähnten Gründe nicht erheblich erklären.

**Madörin, EDU:** Die EDU-Fraktion dankt dem Büro des Grossen Rates für die Beantwortung der Motion. Als Jungpolitiker und Vater von drei Kindern ist es mir wichtig, dass sich Politik und Familie gut miteinander vertragen. Daher würde ich einen freien Mittwochnachmittag sehr begrüssen. Ein ratsfreier Mittwoch würde aber noch lange keinen freien Mittwochnachmittag bedeuten, der mit den Kindern verbracht werden könnte. Wenn wir ehrlich sind, würde ein ratsfreier Mittwoch bei den meisten Parlamentarierinnen und Parlamentarier lediglich dazu führen, dass sie am Mittwoch ihrer normalen Arbeit nachgingen. Es liegt in meiner eigenen Verantwortung, den Dienstagnachmittag sinnvoll zu nutzen, an welchem meine Kinder ebenfalls frei haben. Obwohl sich die ehemalige EDU-Kantonsrätin Bornhauser als Mitmotionärin für einen ratsfreien Mittwoch engagiert hatte, ist die EDU-Fraktion zur Einsicht gelangt, dass am Mittwoch als Sitzungstag festgehalten werden sollte. Würde trotzdem in Betracht gezogen, den Sitzungstag zu wechseln, begrüsst wir einen Tag in der zweiten Wochenhälfte. Die EDU-Fraktion wird die Motion nicht erheblich erklären.

**Dätwyler Weber, SP:** Als typische Vertreterin der betroffenen Personengruppe, beziehungsweise als Politikerin und Familienfrau mit schulpflichtigen Kindern, hege ich für das Anliegen der Motion grosse Sympathien. Es stellt noch immer eine grosse Herausforderung dar, Familie und Politik unter einen Hut zu bringen. Die Organisation der Kinderbetreuung und Familientermine muss auf die politische Agenda abgestimmt werden. In der Beantwortung zeigt das Büro die Argumente, die für den Mittwoch als Sitzungstag sprechen, nachvollziehbar auf. Damit werden jedoch keine Anreize gesetzt, um mehr Familienmütter und -väter in die Politik zu holen. Den optimalen oder wenigstens besseren Wochentag zu finden scheint schier unmöglich. Allenfalls wäre jedoch eine kreative Zwischenlösung denkbar. Warum wird keine Verschiebung der Uhrzeit, beispielsweise von 09.00 bis maximal 12.00 Uhr, in Erwägung gezogen? So stünde immerhin ein wirklich ratsfreier Mittwochnachmittag zur Verfügung. Eine Verschiebung der Treffen der Interessengruppen auf einen anderen Wochentag wäre vielleicht eher möglich, zumal es sich dabei zwar um gewünschte, aber dennoch freiwillige Termine handelt. Ein wenig mehr Flexibilität und Kreativität täte dem Grossen Rat manchmal gut. Das würde auch zu einer positiven gesellschaftlichen Entwicklung beitragen. Die grosse Mehrheit der SP-Fraktion wird die Motion erheblich erklären.

**Huber, GLP/BDP:** Erstens haben die Parlamentsmitglieder in diesem Saal etwas gemeinsam: Wir alle haben uns für die Mitarbeit im Grossen Rat des Kantons Thurgau zur Verfügung gestellt. Wir haben uns zur Wahl gestellt, und zwar wohl im Wissen, dass der

Rat jeweils mittwochs tagt. Nicht nur ich, sondern vermutlich alle Ratsmitglieder haben sich mit ihren Familien beraten und darüber gesprochen, dass der Mittwoch jeweils im Zweiwochenrhythmus durch die Ratsmitgliedschaft tangiert wird. Bei uns zu Hause wurde nicht darüber gerätselt, ob sich nicht vielleicht der Dienstag, der Donnerstag oder sonst ein Wochentag besser als Sitzungstag eignen würde. Zweitens stellt sich meines Erachtens die Frage, ob unser Rat tatsächlich eine völlig andere Zusammensetzung erfahren würde und ob das erwähnte hohe Durchschnittsalter drastisch gesenkt werden könnte, wenn unsere Sitzungen nicht mittwochs stattfinden würden. Ich verzichte darauf, alle bereits erwähnten Pro- und Kontra-Argumente zu wiederholen. Jedes Argument für sich ist achtbar. So halte ich es mit dem ehemaligen Abt des Klosters Einsiedeln, Martin Wehrlen, der einmal eine Vortragsreihe gestaltete unter dem Titel: "In Zukunft muss alles anders werden - Hauptsache es bleibt, wie es ist". Meine Überzeugung lautet wie folgt: Ändere etwas nur dann, wenn die Notwendigkeit dazu gegeben und die neue Lösung für die grosse Mehrheit der Betroffenen optimaler ist als die bisherige. Diese bessere Lösung ist meines Erachtens nicht ersichtlich. Deshalb bitte ich den Grossen Rat, die Motion nicht erheblich zu erklären.

**Schmid, SVP:** Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist in aller Munde. Warum nicht auch die Vereinbarkeit von Politik und Familie? Auch diesem Aspekt sollte die nötige Beachtung geschenkt werden. Der Frauenanteil im Kantonsparlament beträgt nur gerade etwas mehr als 25%. Das ist wenig. Schliesslich sollte das Parlament ein Abbild der Bevölkerung darstellen. Was spricht dagegen, wenn mit einfachen Mitteln etwas geändert werden könnte, beispielsweise mit einer Verschiebung des Sitzungstages? Wir würden damit immerhin ein Hindernis beseitigen, das einer politischen Karriere im Weg stehen kann. Nach rund 30 Jahren darf eine alte Tradition durchaus überdacht werden. Deshalb entschloss ich mich im Sommer 2018 dazu, als Mitmotionär aufzutreten, obwohl ich mit diesem Anliegen in den eigenen Reihen etwas einsam dastand. Nun liegt die Beantwortung des Büros vor. Meines Erachtens haben das Büro und der Regierungsrat gründliche Abklärungen getätigt. Ich danke für die Beantwortung mit der Auflistung aller Vor- und Nachteile, die als Entscheidungsgrundlage dient. Zugegebenermassen würde sich eine Verschiebung des Sitzungstages etwas schwieriger gestalten als ursprünglich angenommen. Allenfalls käme der Dienstag in Frage. Alle anderen Wochentage scheinen unmöglich. Trotzdem war die Überprüfung des Sitzungstages wichtig und richtig. Aufgrund der nun vorliegenden Ergebnisse macht es keinen Sinn mehr, das Anliegen weiterzuverfolgen. Dennoch bleibt das Thema der Frauen in der Politik natürlich aktuell. Von einem höheren Frauenanteil könnte der Grosse Rat nur profitieren.

**Schallenberg, SP:** Veränderungen finden zuerst im Kopf statt. Wer nicht bereit ist, die Zukunft zu denken, wird sie nicht gestalten. Wer die aktuellen Herausforderungen junger Familien betreffend Vereinbarkeit von Familie, Arbeit und Politik nicht sieht oder nicht

sehen will, der erkennt logischerweise auch keinen Handlungsbedarf. Zur Zeit der Erarbeitung der Beantwortung war ich Mitglied des Büros. Die Beantwortung fokussiert insbesondere auf die Regelungen für den Grossen Rat und den Ratsbetrieb. Diesbezüglich passt der Mittwoch als Sitzungstag am besten. Mit dieser Haltung positioniert sich das Büro meines Erachtens aber entgegen einer Vereinbarkeit von Familie und Politik. Ein bisschen mehr Flexibilität würde dem Grossen Rat guttun. Das Überprüfen von alten Abläufen kann auch zum Entdecken von Leerläufen führen. Oftmals sind mehr Tempo und Effizienz die Folgen. In diesem Sinn fordere ich den Grossen Rat dazu auf, die Zukunft aktiv zu denken und sich für die Vereinbarkeit von Familie und Politik zu entscheiden. Ich bitte den Grossen Rat, die Motion erheblich zu erklären.

**Möckli, SVP:** Die Dauer der Parlamentssitzungen liegt in unseren Händen. Lassen Sie uns effizient arbeiten und die Voten kurzhalten, damit die Sitzungen jeweils am Mittag beendet werden können.

**Bétrisey, GP:** Vermutlich mussten nicht viele Kantonsrätinnen und Kantonsräte schon einmal Betreuungsmöglichkeiten für Mittwochmittage organisieren. Mittwochs gibt es nämlich fast nirgends Mittagstische. Die Anbieter rechnen offenbar damit, dass die Frauen am Mittwoch zu Hause sind. Ich hoffe, dass dieser Diskussion möglichst keine jungen Eltern und Jugendliche zuhören. Sie stellt nämlich einen guten Grund dafür dar, sich komplett von der Politik abzuwenden. Der Grosse Rat hat jetzt die Möglichkeit, ein Zeichen zu setzen und nicht immer nur von der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Politik zu sprechen. Die Ausreden, warum diese Vereinbarkeit im Endeffekt doch nicht möglich sein soll, erachte ich als unglaubwürdig. Ich hoffe, dass die Kantonsrätinnen und Kantonsräte nochmals darüber nachdenken und anschliessend dazu bereit sein werden, sich selbst zu bewegen und zu zeigen, dass der Thurgau Veränderungen möglich machen kann. Ich bitte den Grossen Rat, diesem Anliegen eine echte Chance zu geben und die Motion erheblich zu erklären.

**Wägeli** als Vertreter des Büros: Das Büro dankt dem Regierungsrat für die Stellungnahme, die eine gute Basis für die Beantwortung des Büros darstellte. Weiter danken wir für die sachliche Diskussion dieser Thematik. Aus den gesetzlichen Grundlagen ergibt sich, dass die Termine für Grossratssitzungen sowohl dem Regierungsrat, wie auch dem Grossen Rat passen müssen. Deshalb werden sie lange im Voraus fixiert. Vor- und nachfolgende Arbeiten sind zwischen den beiden Gewalten fein austariert. Eine Änderung des Sitzungstages würde somit auch die Anpassung der zahlreichen vorgängigen wie nachgelagerten Prozesse bedingen, die sich im Laufe der Zeit fein aufeinander abgestimmt haben. Die Sitzungen des Grossen Rates finden in der Regel zweiwöchentlich und grösstenteils am Morgen statt. Das Büro verfolgt das Ziel, dass im Normalfall höchstens viermal pro Jahr ganztägige Sitzungen stattfinden müssen. Dass anschliessende

Nachmittage hin und wieder für Kommissionssitzungen oder Treffen parlamentarischer Gruppen genutzt werden, macht aufgrund der langfristigen Planung der Grossratssitzungen durchaus Sinn. Das Büro bereinigt im Rahmen seiner vorbereitenden Sitzung, die jeweils am Montagabend vor der Grossratssitzung stattfindet, die Traktandenliste und berät die anstehenden Geschäfte sowie den Sitzungsablauf. Am Dienstag verschickt die Staatskanzlei das Informationsbulletin an alle Ratsmitglieder, Regierungsratsmitglieder und an die Presse. Ebenfalls am Dienstag tagt der Regierungsrat. In der Sitzung kann die Traktandenliste besprochen werden und es bleibt noch Zeit für allfällige Abklärungen oder Absprachen. Am Mittwoch finden die Fraktionssitzungen statt und um 9.30 Uhr beginnt die Grossratssitzung. Das Parlament schätzt die Anwesenheit aller Regierungsratsmitglieder an den Grossratssitzungen. Es hat sich eingebürgert, dass an den restlichen Wochentagen weitere Geschäfte und Verpflichtungen des Regierungsrates und der Staatskanzlei anstehen wie beispielsweise Teilnahmen an Veranstaltungen von Verbänden und Organisationen oder Departementssitzungen. Auch die regionalen, interkantonalen oder schweizerischen Konferenzen sind mehrheitlich auf diese Tage terminiert. Am Wochenende haben die Mitglieder des Regierungsrates zudem oftmals kulturelle oder repräsentative Aufgaben zu erfüllen, in deren Rahmen die Bevölkerung die Anwesenheit einer Regierungsrätin oder eines Regierungsrates sehr schätzt. Das Büro hat sich gewissenhaft und fundiert mit dem Anliegen der Motionäre auseinandergesetzt und sich mit den Veränderungen der Vereinbarkeit von Beruf, Politik und Familie befasst. Es gibt keine Ideallösung. Flexibilität und Organisationstalent der Ratsmitglieder sind weiterhin gefragt. Ich bin davon überzeugt, dass nicht nur der Mittwoch als Sitzungstag dafür verantwortlich ist, dass sich zu wenige Frauen an der Politik beteiligen können. Der grösste Vorteil der bestehenden Lösung ist die Tatsache, dass alle Abläufe bekannt und auf diese Eckdaten und Termine justiert sind. Würde man die Sitzungen des Grossen Rates nun auf einen anderen Wochentag verschieben, gäbe es neue Herausforderungen und Probleme zu bewältigen. Es wird nie eine Lösung geben, die alle Interessen optimal berücksichtigen kann. Entscheidet sich eine Person dazu, für ein Mandat im Grossen Rat zu kandidieren, sind die zeitliche Belastung und der Sitzungsrythmus bekannt. Dasselbe gilt später auch für die Mitarbeit in einer ständigen oder befristeten vorberatenden Kommission. Aus den dargelegten Gründen bitten wir den Grossen Rat, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

### **Beschlussfassung**

Die Motion wird mit 79:27 Stimmen nicht erheblich erklärt.